

8. Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion) der Stadt Speyer am 09.09.2021

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau 2026 - Beschluss zur Einreichung der Bewerbungsunterlagen**  
**Vorlage: 0810/2021**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Laut Vorsitzender erfolgt heute die Komplettvorstellung der Machbarkeitsstudie mit Finanzierungsrahmen für die beiden Ausschüsse sowie die empfehlende Beschlussfassung für den Stadtrat. Unabhängig vom Ausgang der Beschlussfassung und einem möglichen Erfolg der Bewerbung habe die Machbarkeitsstudie schon jetzt viele positive Effekte für mögliche Entwicklungsschritte gezeigt.

Die **konzeptionelle Vorstellung** erfolgt durch Herrn Scheele vom RMP-Planungsbüro anhand einer umfangreichen Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Zu Beginn der Planung wurde schnell deutlich, dass die Kernflächen der ehemaligen Kurpfalz-Kaserne nicht unbedingt ausreichend für eine Gartenschau-Konzeption sind. Es entstand die Idee einer Verknüpfung mit Klipfelsau und Rheinufer, verbunden mit einer verstärkten Einbindung der Innenstadt

Es wurden 7 Fachgesprächsrunden geführt und eine erste Bürgerbeteiligung initiiert, zunächst digital im April, dann über Bauwagen und Postkartenaktion bis zur physischen Beteiligungsrunde im Sommer. Viele Ideen wurden direkt ins Konzept übernommen, einige in andere Maßnahmen integriert. Insgesamt gingen rund 300 Hinweise und Ideen ein. Bei der Cluster-Bewertung war Mobilität das wichtigste Thema.

So entstanden auch das Motto: „2000 Jahre sind erst der Anfang“ und das Logo, welches aus der Form eines stilisierten Domfensters entwickelt wurde.

Vorgestellt wird das Ausstellungskonzept in der Kurpfalz-Kaserne mit einem Schwerpunkt auf Wald und Landwirtschaft und als Kontrast dazu das Innenstadtkonzept, das auf Kultur, Geschichte und Grün in der Stadt abstellt. Durch die Planungen erfolgt eine Vergrößerung der Grünflächen um 50 %, flankiert vom Technik-Museum als Partner.

Eine Verbindung der Kernflächen erfolgt über einen grünen Wegekorrridor (Rad-/Fußweg) durch die Seenlandschaft Steinhäuser Wühl und Wammsee. Dazu kommt ein Shuttlesystem über die Straßen und Begleitprojekte in den Korridoren.

Das Parkkonzept kommt ohne Neuversiegelungen aus. Der Nachhaltigkeitsaspekt ist wichtig, was bleibt von den Daueranlagen? Die ehemalige Kaserne wird der geplanten Wohn- und Gewerbenutzung zugeführt, während im Umfeld der Klipfelsau mit dem Rheinstadion und dem Parkplatz am Naturfreundehaus große versiegelte, aber überwiegend brachliegende Flächen, aufgebrochen und begrünt und mit einer hochwasserfreien Randzonenintensivierung genutzt werden, was auch positive Auswirkungen auf das Stadtklima bringe.

Herr Rottmann erkundigt sich nach den Nutzungsmöglichkeiten der Rheinallee für Anlieger. Diese soll für Anlieger und Gastronomie frei bleiben, nicht aber für deren Besucher. Dazu bedarf es einer Ein- und Auslassregelung für Besucher/Gastronomie. Die Verzögerung der Nutzung der Gewerbeflächen im Norden sieht Herr Rottmann kritisch. Außerdem thematisiert er die Parksituation beim Brezelfest oder Altstadtfest. Nach Auffassung der Vorsitzenden

muss ein sukzessiver Rückbau des motorisierten Individualverkehrs erfolgen, um die von allen gewollte Verkehrswende voranzubringen.

Frau Dr. Mang-Schäfer erkundigt sich nach dem Auslagerungsgelände für das umgebaute Rheinstadion. Zudem möchte sie wissen, was die Änderung des „Rheinstrands“ für dessen Betreiber bedeutet. Aus SWG-Sicht für die Shuttle-Strecke genau auch über die Trasse, über die in der ÖPNV-Taktung gesprochen wird, was zu einem Interessenkonflikt führen könnte. Außerdem hinterfragt sie, wer Betreiber der „Landwirtschaftskorridore“ sein soll – die Pächter oder die Gesellschaft? Diese muss man laut Vorsitzender aktiv einbinden. Am Rheinstadion bleiben Sportflächen, diese werden nur angepasst. Für Shuttle- und ÖPNV-Linien ist eine enge Abstimmung notwendig, mit Verstärkung an Sonn- und Feiertagen. Die Ertüchtigung des „Rheinstrands“ stellt aus Sicht von RMP einen Kniff dar, um die Rheinpromenade in ihrer Gesamtheit als Verbindung zwischen den Kernflächen für den Fördermittelgeber integrieren zu können (vergleichbar Koblenz).

Frau Zachmann erkundigt sich nach der Einbindung des Kaiserdomgymnasiums wegen der Sportplatznutzung und Bürgertickets für Anlieger wie z.B. in Schwetzingen. RPM habe noch nicht mit jedem Lehrer gesprochen, einen Kontakt mit der Schule, die von sich aus schon Verbesserungen vorgeschlagen hatte, gibt es laut Herrn Schwendy jedoch; zudem sei man derzeit lediglich im Stadium einer Machbarkeitsstudie. Das Leichtathletikangebot wird mit Sprunggrube und Tartanbahn, die wesentlich haltbarer ist als der Ascheplatz, sogar verbessert. Weiterhin fragt Frau Zachmann nach einem Grillplatz für Jugendliche. Ein Grillplatz ist in den dauerhaften Einrichtungen vorgesehen, zu diskutieren sei jedoch das Thema Vandalismus. Hinzu kommen Streetart und Skaterangebote zur Einbindung der Jugend. Es gilt, zielgruppengerechte Angebote zu schnüren.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, was mit dem jetzigen Skaterbereich passiert, da dort auf dem Plan Skulpturen vorgesehen sind. Gespräche mit den Jugendlichen sind laut Planungsbüro erprobt. Es soll ein neuer, besserer Platz gefunden werden.

Herr Stickl thematisiert die Parkplatznutzung auf Otterstadter Gebiet und die Ver- und Entsiegelung von Flächen. Sein Vorschlag wäre, die großen Bundeswehrflächen im Reffenthal als zentrale Parkzonen zu nutzen. Laut Vorsitzender ist der Wasserplatz von der Bundeswehr reaktiviert worden und steht nicht für den langen Zeitraum zur Verfügung. Allerdings sei auch jede Möglichkeit im Prozess als Optimierung willkommen. Frau Trojan (Stadtplanung) ergänzt, ausgewiesene Parkflächen seien für die Unterschriften zum Letter of Intent notwendig gewesen.

Herr Brandenburger spricht sich für den Erhalt der Skateranlage in der Klipfelsau als ehemaliges Beteiligungsprojekt aus. Zudem spricht er den Wegfall von Parkflächen am Naturfreundehaus an. Laut Planungsbüro fallen dort 370 Plätze weg, die neue Parkpalette schafft aber 400 neue, was sogar eine eventuelle, zusätzliche Begrünung am Festplatz zulässt.

Aus Sicht von Herrn Rottmann ist der Wegfall von 2,8 ha im „Ohr“ für die CDU wegen der dann fehlenden Gewerbeflächennutzung nicht besonders attraktiv. Er bringt alternativ eine Verlagerung der Park-Zone auf das Polygongelände mit Shuttleanbindung ins Gespräch. Dieses ist laut Frau Trojan von der Anfahbarkeit dafür nicht sehr geeignet. Außerdem befinden sich dort hochwertige Grünzonen. Sie sagt aber eine Einbeziehung in die Planung zu. Die Vorsitzende denkt eher an andere, bereits versiegelte Flächen, z.B. an der Halle 101 oder Richtung PFW.

## Finanzierung:

Herr Rast vom Büro IFT erläutert die Kosten für Investitionen und Durchführung. Klar müsse sein, dass eine Gartenschau zunächst in jedem Fall Geld kostet. Bei konservativer Planung des Fördermitteleinsatzes verbleiben bei der Stadt Eigenmittel von ca. 12,7 Mio. € für Investitionen. Das mögliche Einzugsgebiet (Radius ca. 2 Stunden Anreise) erfasst rund 22 Mio. Menschen. Auf Basis von angenommenen 700.000 Besuchern (untere Grenze) errechnet sich bei einem Tages-Eintrittspreis von 22 € (Kinder bis 17 Jahre frei) ein Durchführungszuschuss von rund 3,7 Mio. €.

Es wurden geringe Gastronomieerlöse für Lizenzbetriebe auf dem Gelände kalkuliert, um die örtlichen Betriebe zu stärken; zudem werden keine hohen Lizenzgebühren mehr gezahlt. Die BUGA Erfurt berichtet von wieder normalen Besucherzahlen. Die Finanzierung erfolgt über einen Zeitraum von 6 Jahren, ggf. 7 bei einer Verschiebung nach 2027, wobei da im Wesentlichen nur höhere Personalkosten anfallen. Die anschließenden Mehrkosten für eine Pflege der Dauereinrichtungen nach der LAGA werden auf ca. 683.000 € jährlich kalkuliert.

Herr Rottmann weist darauf hin, dass der Kauf der Kaserne in den 12,5 Mio. € nicht eingerechnet ist und geht davon aus, dass der Kaufpreis nur den Speyerer Teil und nicht die Gesamtfläche beinhaltet. Auch die Kosten der Finanzierung fehlen in der Aufstellung, obwohl die 17,525 Mio. € darlehensfinanziert werden. Zwar fallen dafür momentan niedrige Zinsen an, man müsse aber auf 20 Jahre kalkulieren. Diese Kosten sind laut Planungsbüro nicht berücksichtigt und Sache der Kämmerei.

Herr Rottmann weist weiter darauf hin, dass laut Fußnote in Ausnahmefällen die Kofinanzierung des Landes von 24,252 Mio. € von der Stadt vorfinanziert werden muss. Da könne noch einiges auf die Stadt zukommen. Herr Scheele verweist als Pluspunkt darauf, dass eine gGmbH mit vermindertem USt.- Satz rechnen kann.

Herr Brandenburger erkundigt sich, ob Dauerkarten in das Rechenmodell eingepreist sind. Kalkuliert sind laut Herrn Rast 140-160 €; er verweist auch auf den Teilhabegedanken mit einer kostenlosen Nutzung für Kinder; dafür zahlen Tagesbesucher 1 € mehr.

Frau Zachmann spricht „Sonderpreise“ für Besucherinnen und Besucher aus Speyer an. Außerdem sollte eine Mobilitätsänderung angedacht werden und die ÖPNV-Nutzung in Preiskalkulation berücksichtigt werden. Laut Planungsbüro können „Mobilitätspartner“ wie bei der LAGA in LD angesprochen werden; das müsse aber die gGmbH aushandeln. Der Satz der ÖPNV-Nutzung ist mit 8 % ohnehin schon deutlich höher kalkuliert als bei früheren Schauen.

Laut Frau Dr. Mang-Schäfer wurde bisher immer von „begleitenden“ Kindern gesprochen; was aber ist mit Kindern und Jugendlichen als eigene Besucherinnen und Besucher? Herr Rast weist darauf hin, dass der Hauptumsatz mit Tageskarten und voll zahlenden Erwachsenen gemacht wird. Kinder und Jugendliche treten überwiegend als Begleitung oder Gruppen (Schulausflüge) in Erscheinung.

Herr Dr. Wilke sieht die freie Zugänglichkeit für Kinder und Jugendliche als tolle Idee. Allerdings fehlt ihm ein spektakuläres Element wie die Seilbahn in KO; daher bringt er nochmals die Idee des „Wassertaxis“ ins Gespräch, vielleicht mit Nutzung des „alten“ BW-Wasserplatzes als Parkplatz und Andockstation. Er hinterfragt, ob schon einmal kalkuliert wurde, was sowas kostet. Der erforderliche Personenumschlag von 3.600 bis 12.000 Personen in 2 Stunden ist nach IFT-Berechnungen über Boote nicht machbar und wirtschaftlich auch nicht darstellbar. Herr Scheele unterstreicht, die Stadt solle sich primär mit ihren unzweifelhaft vorhandenen Stärken in die Konzeption begeben, statt mit

spektakulären Einzelattraktionen. Weitere Maßnahmen sind über Förderungen immer möglich, siehe z.B. die LAGA Mannheim im Bereich autonome Mobilität.

Skizziert wird noch die weitere Vorgehensweise. Definitiver Abgabetermin sei der 15.10.2021, weshalb man sich auch von der interkommunalen Idee mit Otterstadt verabschiedet habe. Nach entsprechendem Ratsbeschluss und Bewerbung erfolgen Kommissionsbereisungen. Bei einem evtl. Zuschlag folgen die Gründung einer gGmbH, weitere Bürgerbeteiligung, Durchführung und anschließende Abwicklung der Gartenschau. Die Vorsitzende spricht von einem wichtigen ersten Schritt heute mit empfehlender Beschlussfassung der Fachausschüsse.

In diesem Zusammenhang wird der neue Fachbereichsleiter des Fachbereichs 5, Herr Nolasco, als künftiger Ansprechpartner auch für die LAGA-Bewerbung begrüßt.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Stiftungsausschuss stimmt der Machbarkeitsstudie bei 1 Gegenstimme (Dr. Mang-Schäfer – SWG) und 2 Enthaltungen (Rottmann – CDU, Popescu – Linke) zu und empfiehlt dem Stadtrat die nachfolgende Beschlussfassung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion stimmt der Machbarkeitsstudie bei 1 Enthaltung (Lehr – Linke) zu und empfiehlt dem Stadtrat die nachfolgende Beschlussfassung:

1. Der Stadtrat beschließt auf Grundlage der dargelegten Planungskonzeption (Anlage 3-5) und des Finanzierungskonzeptes (Anlage 6) die Einreichung der Bewerbung zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2026 in Speyer. Die Verwaltung wird beauftragt die Bewerbungsunterlagen fertig auszuarbeiten und fristgerecht einzureichen.
2. Der Stadtrat der Stadt Speyer ermächtigt Frau Oberbürgermeisterin Seiler in Vertretung der Stadt Speyer zur Vertragsabschließung des beigefügten Vorvertrages gemäß Anlage 7 mit der Projektgesellschaft Landesgartenschau Rheinland-Pfalz mbH zur Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau 2026.

8. Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion) der Stadt Speyer am 09.09.2021

Niederschrift der Tagesordnungspunkte Nr. 2 und 3

---

### **anschließend Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses**

#### **Nichtöffentliche Sitzung**

2. Grundstücksangelegenheiten

Der Ausschuss nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis

3. Finanzangelegenheiten

Der Ausschuss stimmt den Niederschlagungen bei 1 Gegenstimme (Linke) zu.

8. Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion) der Stadt Speyer am 09.09.2021

8. Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion) 09.09.2021 **Stefanie Seiler**  
**Stefanie Seiler**      **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!